

Teil I - Für eine gerechte Welt ohne Krieg und Umweltzerstörung

Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.

...

Die Welt wird nicht bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen.

Albert Einstein

Die Menschen haben gelernt wie Vögel zu fliegen und wie Fische zu schwimmen, aber sie haben nie die einfache Kunst der Brüderlichkeit gelernt.

Martin Luther King

Tötet nicht die Bäume, macht nicht das Wasser unserer Flüsse trübe.

Reißt nicht das Eingeweide unserer Erde auf. Sonst werden die Flüsse und Bäume weinen. Wenn ihr das nicht befolgt, wird es schlimme Konsequenzen für euch haben.

Eines Tages wird die Erde weinen, sie wird um ihr Leben flehen, sie wird viele Tränen weinen. Ihr werdet die Wahl haben, ihr zu helfen oder sie sterben zu lassen, und wenn sie stirbt, sterbt ihr auch.

Keokuk (Häuptling der Sauk)

Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.

Mahatma Gandhi

Kapitel I.1 - Frieden und Abrüstung

Nach dem 2. Weltkrieg waren sich viele Menschen auf der Welt einig. Es sollte nie wieder solch einen Krieg auf dieser Welt geben. 50 Millionen Tote, so viel Leid und Elend auf dieser Welt, damit sollte es nun endgültig vorbei sein.

Allerdings hielt diese Haltung nicht sehr lange an, zumindest was die Politiker betrifft. Bald standen sich zwei verfeindete Blöcke unversöhnlich gegenüber. Es entwickelte sich ein gigantisches Wettrüsten. Auf beiden Seiten wurden immer neue und gefährlichere Waffen entwickelt. Massenvernichtungswaffen wie etwa Atomwaffen. Bald gab es so viele davon, dass man von einem vielfachen atomaren Overkill sprach. Das hieß: Wenn alle Atomwaffen dieser Welt abgefeuert würden, dann würde das ausreichen, alle Menschen auf dieser Welt zu töten. Und das nicht nur einmal, sondern gleich mehrfach.

Diese Gefahr war durchaus real. In der Kuba-Krise 1962 stand die Welt tatsächlich kurz vor dem Abgrund. Die Gefahr ist aber auch heute noch genauso vorhanden, die Gefahr des mehrfachen atomaren Overkills. Und wenn jetzt auch noch zwei atomare Supermächte wie die USA und Russland von solchen Menschen wie Trump und Putin geführt werden, dann ist die Gefahr tatsächlich wieder sehr viel größer geworden, dass die gesamte Menschheit in näherer Zukunft in einem atomaren Inferno vernichtet wird. Diese Gefahr ist erst dann gebannt, wenn es keine solch schrecklichen Massenvernichtungswaffen mehr gibt. Die Gefahr von Kriegen überhaupt auf der Welt ist erst dann gebannt, wenn es keine Kriegswaffen mehr gibt.

Betrachtet man die gesamte Geschichte der Menschheit, so gab es immer wieder brutale Kriege, Folter und Gewalt. Man kann den Eindruck haben, der Krieg gehöre einfach zu den Menschen dazu. Allerdings wurden diese Kriege immer wieder nur von einem kleinen Prozentsatz von Menschen angezettelt: Von Machthabern und Führern, die ihre eigenen Interessen eben auch mit Gewalt durchsetzen wollten. Das im Verbund mit anderen Mächten, die auf andere Weise von Kriegen profitierten. Da wären heute vor allem die Rüstungsindustrie und Rüstungslobby zu nennen, die ganz einfach ihren Profit durch das Geschäft mit dem Tod vergrößern wollen.

Die große Mehrheit der Menschen wurde in diesen Kriegen immer wieder belogen und betrogen. Große Feindbilder wurden erstellt, von den anderen, den Bösen, die man besiegen oder gar vernichten musste. Gerade mit neuen Kommunikationsmöglichkeiten wie etwa Internet haben wir heute aber auch die Möglichkeit, die Menschen aufzuklären, damit immer weniger auf solch einfache Feindbilder hereinfliegen.

Bei der Größe der Aufgabe ist eines klar. Dies kann nicht in einem Schritt von heute auf morgen gelingen. Sinnvoll könnte dabei folgendes Vorgehen sein:

- Ein weltweites Einfrieren der Rüstungsausgaben. Dies wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Denn die weltweiten Rüstungsausgaben sind in den letzten beiden Jahren weiter angestiegen. Die Welt besitzt doch heute schon viel zu viele Waffen.
- Im nächsten Schritt muss es dann darum gehen, einen weltweiten Abrüstungsprozess in die Wege zu leiten, an dessen Ende dann stehen muss: Eine Welt ohne Waffen.
- Als zusätzliche Maßnahme wäre es dabei sinnvoll, wenn sich mehr und mehr Länder

verpflichten würden, ganz ohne ein Militär auszukommen. Dies wäre allerdings zumindest zu Beginn dieses Prozesses nur dann möglich, wenn diesen Ländern ein glaubhafter internationaler Schutz gegen etwaige Angreifer angeboten werden könnte.

Genauso wichtig ist es dabei, dass der weltweit florierende Handel mit Waffen aller Art zurückgefahren wird. Im ersten Schritt geht es dabei darum, dass es keinerlei Waffenexporte mehr in Krisengebiete geben darf. Denn es ist eine Tatsache: Die allermeisten Menschen, die in solchen Gebieten durch Waffengewalt sterben, sterben durch Waffen, die dort hin geliefert wurden. Lieferanten sind meist eine Koalition von Militärmächten (wie etwa NATO oder Russland oder ...) und die florierende Rüstungsindustrie. Auch der IS tötet mit Waffen, die früher von solchen Koalitionen geliefert wurden!

Hierzu ein kleines Beispiel aus der Sendung von [Monitor vom 11.01.2018](#):

Rund ein Drittel der Waffen, die Kämpfer des so genannten „Islamischen Staates“ nutzen, stammen aus Europa, vor allem aus Waffenschmieden in Rumänien und Bulgarien. Das zeigt eine Studie der britischen Forschungsgruppe Conflict Armament Research (CAR) im Auftrag der EU. Viele der Waffen gelangten danach über die USA oder Saudi-Arabien in das Kriegsgebiet. Eine EU-Regelung soll das eigentlich verhindern, aber sie ist nicht verbindlich. So besteht praktisch keine Kontrolle. Und europäische Staaten verdienen an Konflikten wie in Syrien und im Irak kräftig mit.

Wie gesagt, so ein schrittweises Vorgehen hin zur weltweiten Abrüstung **könnte** sinnvoll sein. Allerdings sind wir heute davon weit entfernt. Nach dem Zusammenbruch der damaligen Sowjetunion wurde tatsächlich zunächst über neue Abrüstungsvereinbarungen verhandelt, es wurden auch tatsächlich erste Vereinbarungen getroffen. Davon ist allerdings heute nichts mehr übriggeblieben. Es droht im Gegenteil ein gigantisches neues Wettrüsten zwischen den USA, Russland und China und den jeweils verbündeten Staaten. Die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt nehmen nicht etwa ab, sie scheinen sich sogar immer weiter auszudehnen.

Man kann es auch anders ausdrücken: Abrüstung und die schrittweise Beendigung aller Kriege in der Welt, das wäre der Sieg der Vernunft. Die Welt als Ganzes handelt aber leider nicht vernünftig:

- Für die großen Rüstungskonzerne ist der eigene Profit wichtiger als das Überleben von Millionen von Menschen.
- Den Großmächten und ihren Verbündeten ist die Ausdehnung der eigenen Macht in der Welt wichtiger als das Überleben von Millionen von Menschen.

Die einzige Chance, der Vernunft doch noch zum Sieg zu verhelfen, besteht darin, dass die große schweigende Mehrheit in der Welt, auf der mittlerweile über 7,5 Milliarden Menschen leben, nach und nach ihr Schweigen bricht. Die großen Rüstungskonzerne und die Großmächte in der Welt können nur deshalb so handeln wie sie es tun, weil wir das zulassen!

Neue Fragen zu Krieg und Frieden

Die meisten kriegerischen Auseinandersetzungen heute sind keine direkten Kriege zwischen Staaten. Es überwiegen bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen oder die Aktionen des islamistischen Terrorismus. Allerdings schwelt bei allen diesen Konflikten auch die Angst mit, dass sich daraus ein neuer großer Krieg zwischen den militärischen Großmächten dieser Welt entwickeln könnte. Denn ob direkt sichtbar oder verschleiert: In all diesen kriegerischen Auseinandersetzungen spielen auch noch andere Mächte von außen mit, meist sind darin auch die Großmächte wie Russland oder die NATO verwickelt. Die Lage in der Welt ist alles andere als stabil, viele fürchten mittlerweile eine Entwicklung, die bei einem dritten Weltkrieg enden könnte.

Die Frage, wie man mit diesen Arten von Gewalt umgehen soll, ist nicht ganz einfach zu beantworten. Stellen sich nicht etwa mit dem islamistischen Terrorismus ganz neue Fragen?

Der Krieg gegen den Terror

Dieser Begriff wurde von der damaligen US-Regierung unter George W. Bush geprägt. Insbesondere die USA mit wechselnden Verbündeten führen diesen Krieg seit den Anschlägen in den USA vom 11. September 2001, bei dem mehr als 3.000 Menschen ums Leben kamen. Der Krieg gegen den Terror kostete seitdem mehr als 1 Million Menschen das Leben, so schätzte das die IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) in einer Studie. Durch den Krieg gegen den Terror starben also viel mehr Menschen als durch alle Terroranschläge in den USA und der verbündeten NATO-Staaten zusammen. Sieht so der Kampf für das „Gute“ aus?

Dabei nahmen sich die USA und die Verbündeten im Namen dieses Krieges gegen den Terror immer wieder Rechte heraus, die mit dem Völkerrecht oder den Menschenrechten nicht vereinbar sind:

- Terrorverdächtige wurden verschleppt und in zum Teil geheime Gefängnisse verschleppt. Bis heute sitzen im Gefangenenlager Guantanamo noch Verdächtige ein, ohne dass in all dieser Zeit einmal eine Gerichtsverhandlung stattgefunden hätte.
- Die USA nehmen sich mit ihren Drohnen das Recht heraus, in jedem Land der Erde Menschen zu töten, die sie für Terror-Verdächtige halten. Nicht nur, dass dabei viele Unschuldige getötet werden; bei „Fehlern“ trifft es immer mal wieder auch einfache Zivilisten.
- Die USA nehmen sich das Recht heraus, jedes Land auf dieser Erde zu überfallen, wenn dieses von ihnen als ein Land angesehen wird, das den Terror unterstützt.

Das Ergebnis dieses seit mehr als 15 Jahren geführten Krieges ist niederschmetternd: Eine Unzahl von Toten, viele Menschen sind auf der Flucht. Die Gefahr des Terrors ist dadurch nicht kleiner geworden, im Gegenteil: Insbesondere in den Ländern, in denen dieser Krieg geführt wird (etwa in Afghanistan oder in Syrien oder im Irak), ist die Anzahl der Terroropfer dramatisch angestiegen. Ich würde das ganz einfach so ausdrücken:

Der Krieg gegen den Terror erzeugt unendliches Leid der betroffenen Menschen und zugleich immer mehr Terroristen!

Mit dem Krieg gegen den Terror kann bestimmt keine bessere Welt geschaffen werden. Und wer tatsächlich Fluchtursachen bekämpfen will, der sollte zunächst einmal aus der Teilnahme an diesem barbarischen Krieg aussteigen. Aber es bleiben dennoch Fragen:

- Darf die Weltgemeinschaft einfach zusehen, wenn islamistische Terroristen ganze Gebiete erobern und ein Kalifat ausrufen, wobei sie die dort lebende Bevölkerung brutal unterdrücken und misshandeln?
- Darf die Weltgemeinschaft einfach zusehen, wenn islamistische Terroristen wie in Mali einfach junge Mädchen entführen um diese dann brutal zu misshandeln und/oder zu vergewaltigen?
- Darf die Weltgemeinschaft einfach über diese vielen terroristischen Anschläge hinwegsehen, ohne zu handeln?

All diese Fragen wären einfach mit Nein zu beantworten, wenn es überhaupt so etwas wie eine Weltgemeinschaft gäbe. In Wirklichkeit gibt es auf der Welt eine Reihe von Großmächten (wie die USA, Russland, China und vielleicht auch Europa); daneben noch eine Reihe von kleineren Mächten (wie etwa Iran, Saudi-Arabien, Türkei und noch einige mehr). Diese Mächte haben scheinbar nur eines im Sinn: Ihren eigenen Einfluss und ihre Einflusszonen in der Welt weiter auszudehnen. In diesem ganzen Durcheinander spielt auch noch das internationale Großkapital eine große Rolle. Dieses versucht, in dem Kampf um Macht und Einfluss in der Welt so mitzumischen, dass es seine Profite weltweit steigern kann. All diese Mächte sind auch immer dazu bereit, mit dem Mittel des Krieges zu spielen, um ihren Zielen näher zu kommen.

Leider ist es also so, dass es keine Weltgemeinschaft gibt.

Eine Gemeinschaft, die sich dafür einsetzt, dass alle Menschen auf der Welt bestimmte Rechte haben (soziale Rechte, Meinungsfreiheit, das Recht auf eine gesunde Umwelt usw.). Hierzu gibt es innerhalb der UNO durchaus immer wieder eine Reihe von vernünftigen Forderungen und Beschlüssen. Solche Beschlüsse interessieren aber weder das internationale Großkapital noch die Weltmächte.

Dennoch wird es immer wichtiger, dass sich so eine Gemeinschaft entwickelt. Eines scheint mir dabei aber sicher. Diese Weltgemeinschaft wird sich nicht von alleine entwickeln. So etwas hat nur dann eine Chance, wenn immer mehr Menschen aus immer mehr Ländern dieser Welt dieses immer unüberhörbarer einfordern. Einfach nur die Augen schließen und hoffen das alles gut wird, das ist gerade in der heutigen Zeit höchst gefährlich.

Bürgerkriege

Wie schon gesagt, die meisten Kriege in der heutigen Welt sind nicht direkte Kriege zwischen verschiedenen Staaten, meist handelt es sich um bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen innerhalb von Staaten. Was die Sache dabei noch zusätzlich kompliziert: Die jeweiligen Bürgerkriegsparteien werden meist von anderen Großmächten außerhalb dieser Staaten unterstützt. Nur einige Beispiele:

- In der Ukraine unterstützt die NATO die aktuelle Regierung von Poroschenko, Russland die „Rebellen“ im Osten des Landes.
- In Syrien wollen Russland und der Iran die Macht des Diktators Hussein erhalten, die NATO und andere „Verbündete“ wollen ihn stürzen.
- Im Jemen stehen sich im Prinzip auch der Iran und Saudi-Arabien gegenüber.

Deshalb sind die allermeisten der heutigen Bürgerkriege letztlich Stellvertreterkriege. Das erklärt natürlich auch, warum es in solchen Regionen so ungemein schwierig ist, zum Frieden zurück zu kehren. Die jeweils beteiligten Großmächte würden einem wirklichen Frieden in diesen Regionen im Prinzip nur dann zustimmen, wenn sie dabei ihre eigenen Interessen durchsetzen können. So kann es dann auch durchaus immer wieder zumindest zu Waffenstillstandsvereinbarungen kommen, die aber zumeist nicht eingehalten werden.

Die mächtigsten Staaten der Welt verhindern eine funktionierende Weltgemeinschaft

Wenn ein Staat tatsächlich so etwas wie eine Weltgemeinschaft will, so muss er auch bereit sein, sich weltweiten Regeln und Verträgen zu unterwerfen. Am Beispiel des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag lässt sich zeigen, welche Staaten gegen solche Regelungen sind. Der zugrundeliegende Vertrag wurde im Jahr 2000 von vielen Staaten der Welt unterzeichnet, hier einige derjenigen Staaten, die diese Verträge bislang aber nicht ratifiziert haben:

Die USA, die Volksrepublik China, Indien, Irak, Iran, Israel, Kuba, Nordkorea, Pakistan, Russland, Syrien, Saudi-Arabien, Sudan und die Türkei. Andere Staaten hatten diese Verträge von Beginn an nicht unterschrieben, einige afrikanische Staaten sind wieder ausgetreten mit dem Vorwurf, dass die meisten Verfahren dieses Gerichtes gegen afrikanische Staaten eröffnet wurden.

Immerhin sind heute 118 von 193 Staaten der Vereinten Nationen dem Rom-Statut zum Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) beigetreten. Das unter den Verweigerern ausgerechnet diejenigen Staaten sind, die ihre internationalen Interessen auch gerne mit den Mitteln des Krieges oder der Drohung damit durchsetzen wollen, ist beängstigend. Sagen diese Staaten damit doch im Prinzip: Wir tun in der Welt einfach das, was wir wollen und lassen uns dabei von keiner internationalen Gemeinschaft aufhalten. Darunter auch die drei Großmächte: USA, Russland und China.

Die Großmächte verhindern eine friedliche Entwicklung in der Welt

Eine Welt, in der zumindest damit begonnen wird, die gigantischen Waffenarsenale abzubauen, kann es nur geben, wenn die Staaten sich verpflichten, ihre Interessen in der Welt nicht mit militärischen oder kriegerischen Mitteln durchzusetzen. Davon sind die Großmächte in der Welt allerdings weit entfernt.

Dabei gibt es eine Mehrheit von Staaten auf dieser Welt, die tatsächlich Abrüstung wollen. So wurde Anfang Juli 2017 von einer Mehrheit der Staaten der UNO ein völkerrechtlich verbindliches Atomwaffenverbot beschlossen, wie es u.a. die [Neue Zürcher Zeitung am](#)

[07.07.2017](#) meldete:

Das Ideal einer atomwaffenfreien Welt vor Augen, hat sich eine Gruppe von 122 Staaten am Freitag auf ein umfassendes Verbot nuklearer Waffen geeinigt. Wer den neuen Vertrag ratifiziert, verpflichtet sich, Atomwaffen weder einzusetzen noch zu stationieren, zu entwickeln oder zu testen. Länder, die Atomwaffen bereits besitzen, verpflichten sich, ihre Sprengköpfe unverzüglich ausser Dienst zu stellen und so rasch wie möglich zu vernichten. Dieser Fall wird jedoch auf absehbare Zeit nicht eintreten, da sämtliche neun Atomwaffenstaaten die Vertragsverhandlungen boykottiert haben.

Nicht nur, dass die Großmächte dieser Welt und die Staaten, die innerhalb von Militärbündnissen (wie etwa der NATO) mit diesen Großmächten zusammenarbeiten, diesen Beschluss ablehnten. Sie verhöhnten diesen Beschluss auch noch als naiv und dumm.

Es wurde wieder einmal das Lied vom Sinn der atomaren Abschreckung gesungen: Gerade diese Abschreckung verhindere doch Kriege. Und wenn ein Staat wie Nordkorea nach Atomwaffen strebe, könne man doch die eigenen Atomwaffen nicht abschaffen.

Da fragt sich nur, wessen Argumente hier naiv und dumm sind. Die vielen kriegerischen Auseinandersetzungen in der heutigen Welt wurden jedenfalls durch die atomare Abschreckung nicht verhindert. Im Gegenteil: In vielen dieser Auseinandersetzungen mischen die Atomkräfte kräftig mit. Und das Argument von Nordkorea wäre nur dann glaubhaft, wenn die Atomkräfte folgende Position vertreten würden: Wir sind zur Zerstörung unserer Atomwaffenpotentiale bereit, aber nur unter der Voraussetzung, dass Staaten wie Nordkorea ihre Planungen zur Entwicklung von Atomwaffen einstellen. So wie vorgetragen hat das Argument Nordkorea nur einen Zweck. Es dient ausschließlich als Rechtfertigung, um die eigenen Atomwaffenpotentiale zu behalten und auszubauen.

Die Wahrheit scheint mir eine ganz andere zu sein: Die Mehrheit der Menschen auf dieser Welt und die Mehrheit der Staaten auf dieser Welt will keine Kriege und wünscht sich tatsächlich Schritte zur weltweiten Abrüstung. Die Schuldigen daran, dass es hierzu nicht kommt, das sind:

- Die Großmächte dieser Welt und deren Militärbündnisse
- Die Rüstungskonzerne, die sich mit Kriegen und Wettrüsten eine goldene Nase verdienen.

Und noch ein Argument an die Adresse der Großmächte. Hat ein Staat, der selbst im Besitz von Atomwaffen ist, überhaupt das Recht, anderen Staaten die Entwicklung von Atomwaffen zu verbieten? Ich denke also: Die Argumente der Großmächte sind höchst unglaubwürdig. Dies sah wohl auch das norwegische Nobelkomitee in Oslo so, als es der internationalen Kampagne zur atomaren Abrüstung (Ican) den Friedensnobelpreis 2017 verlieh.

Es folgen Beispiele zu China, Russland und den USA bzw. der NATO die zeigen. Gerade diese Mächte nutzen ihre militärische Stärke nicht etwa nur zur Verteidigung ihrer Landesgrenzen. Es geht ihnen darum, ihre Macht und ihren Einfluss in der Welt mit allen Mitteln zu vergrößern, was selbstverständlich auch militärische Mittel einschließt.

Die Volksrepublik China

Das internationale Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlichte in seiner Datenbank eine [Statistik](#) (Seite 18), nach der China seine Militärausgaben in der Zeit von 2007 bis 2016 auf die gigantische Summe von 225.713 Millionen US Dollar (in festen Preisen von 2015) mehr als verdoppelt hat. China besitzt zahlenmäßig ohnehin die größte Armee dieser Welt. Wer in einem solchen Tempo an der Rüstungsspirale dreht, kann nicht behaupten, das diene nur der eigenen Verteidigung.

Dank seiner wirtschaftlichen Erfolge spielt die Volksrepublik China eine immer größere Rolle in der Welt. Offensichtlich möchte China seinen Einfluss überall in der Welt weiter ausbauen. Militärisch soll dabei zunächst einmal die Vorherrschaft im gesamten Südchinesischen Meer gesichert und ausgebaut werden. Hierbei sind China insbesondere zwei Tatsachen ein Dorn im Auge:

- China betrachtet die Insel Taiwan, die seit vielen Jahren unabhängig von China ist, weiterhin als festen Bestandteil der Volksrepublik China. Einen großen Teil seiner modernsten Militärwaffen hat China an der Küste direkt gegenüber von Taiwan stationiert.
- Die USA (die sich immer wieder gerne als Weltpolizist aufspielen) haben auch eine starke Militärpräsenz im südchinesischen Meer. Das gefällt China bei seinen Machtansprüchen natürlich überhaupt nicht.

China erhebt Ansprüche auf 80 % des Südchinesischen Meeres. Dazu gehört auch eine große Anzahl von kleinen Inseln, die insbesondere auch als mögliche Militärstützpunkte für China interessant sind. Darüber hinaus werden unter einigen von ihnen wertvolle Rohstoffe vermutet. Streit darüber gibt es nahezu mit allen Nachbarn der Region (etwa Philippinen, Malaysia, Taiwan, Vietnam und Japan). Diese Streitigkeiten haben auch schon zu kleineren militärischen Auseinandersetzungen geführt (näheres kann man bei [Wikipedia](#) nachlesen).

Offensichtlich möchte China seinen militärischen Einfluss in der Welt aber auch über das Südchinesische Meer hinaus ausdehnen. Dazu passt zum einen, dass China seit 2011 auch selbst Flugzeugträger besitzt. Zum anderen wurde erst kürzlich auf dem Afrikanischen Kontinent, in Dschibuti, eine Militärbasis eröffnet. Dieser Kleinstaat liegt strategisch perfekt zwischen dem Roten Meer und dem Golf von Aden.

Fazit: China versucht als die junge und aufstrebende Großmacht unter den genannten, seine Macht und seinen Einfluss in der Welt immer weiter zu vergrößern. Dass es dabei auch so stark auf seine steigende Militärmacht setzt, macht die Lage in der Welt noch bedrohlicher.

Russland (offiziell: Russische Föderation)

Nach dem Zerfall der damaligen Sowjetunion drohte dieses ehemalige „Reich“ immer weiter auseinanderzufallen. Um diesem Zerfall entgegenzuwirken, wurde Ende 1991 die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)“ gegründet - Mitgliedsländer: Russische Föderation, Weißrussland, Ukraine, Moldawien, Aserbaidschan, Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Allerdings haben die GUS im Laufe der

Jahre an Bedeutung verloren, u.a. auch deshalb, weil etwa Georgien (das 2008 ausgetreten ist), Moldawien und die Ukraine sich wirtschaftlich mit der Europäischen Union verbunden haben.

Nach Angaben von SIPRI (Seite 20) hat Russland in der Zeit von 2007 bis 2016 seine Militärausgaben von 37.698 Millionen US\$ auf 70.345 Millionen US\$ fast verdoppelt. Immer dann, wenn ein weiteres Auseinanderfallen des ehemaligen sowjetischen Reiches drohte, griff Russland auch zum Mittel militärischer Gewalt.

Das erste Beispiel waren die zwei Tschetschenien-Kriege. 1991 erklärte sich die bis dahin russische Teilrepublik Tschetschenien nach einem umstrittenen Referendum für von Russland unabhängig. Russland erkannte diese Unabhängigkeit niemals an und versuchte im ersten Tschetschenien-Krieg die Republik wieder unter Kontrolle zu bringen. Allerdings scheiterte Russland hierbei nach einem blutigen Krieg mit vielen Todesopfern. Als Resultat wurden islamistische Gruppierungen in Tschetschenien immer stärker, Russland ist seitdem Opfer vieler terroristischer Anschläge geworden, die noch bis heute andauern.

Im zweiten Tschetschenien-Krieg 1999 gelang es Putin dann, die abtrünnige Republik wieder unter russische Kontrolle zu bringen. Die Republik wird seither von Ramsan Kadyrow autokratisch regiert, ihm werden schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Erst kürzlich wurde bekannt, dass in dieser Republik systematisch Jagt auf Homosexuelle gemacht wird, denen Folter und sogar der Tod drohen.

Das zweite Beispiel, der Krieg in der Ukraine. Als 2013 die gewählte ukrainische Regierung bekannt gab, die Vorbereitung das geplante Assoziierungsabkommen mit der EU gestoppt zu haben, bildete sich insbesondere im Westen der Ukraine eine breite Protestbewegung, der sogenannte Euromaidan. Es kam zu großen Massendemonstrationen insbesondere in Kiew, die sich nicht nur gegen diesen Stopp wandte, sondern von vorne herein den Rücktritt der gewählten Regierung forderte, der auch noch Wahlbetrug vorgeworfen wurde. Nachdem die Teilnahme an diesen Demonstrationen trotz gewaltsamer Auseinandersetzungen immer weiter anwuchs, floh der gewählte Präsident Janukowytsch letztlich aus der Ukraine nach Russland. Eine Übergangsregierung wurde ins Amt gesetzt und es wurden Neuwahlen in der Ukraine vorbereitet.

Allerdings waren nicht alle Menschen in der Ukraine auf der Seite dieses Euromaidan. Insbesondere im Osten der Ukraine waren viele Menschen hauptsächlich an einer guten Beziehung zu Russland interessiert, wie etwa Meinungsumfragen zeigen, die [Wikipedia](#) hierzu veröffentlichte:

Nach einer vom 4. bis 9. Dezember 2013 von der Research-&-Branding-Gruppe durchgeführten Befragung von 2079 Bürgern der Ukraine[233] unterstützten 49 Prozent der Befragten die Euromaidan-Demonstration, 45 Prozent waren dagegen und 6 Prozent waren unentschieden. Laut einer Umfrage, die Ende Dezember 2013 durchgeführt wurde, war der Anteil der Euromaidan-Gegner auf 50 Prozent gestiegen und der Anteil der Befürworter auf 45 Prozent gefallen.[234] Die Euromaidan-Bewegung hat in den verschiedenen Landesteilen der Ukraine unterschiedlich starken Rückhalt. So unterstützen 84 Prozent der Befragten im Westteil des Landes, 66 Prozent im Zentrum (einschließlich Kiew), 33 Prozent im Süden und 13 Prozent im Ostteil des

Landes die Proteste. Für eine Integration der Ukraine in die Europäische Union sprachen sich 81 Prozent der Befragten im Westen des Landes, 56 Prozent im Zentrum (einschließlich Kiew), 30 Prozent im Süden sowie 18 Prozent im Osten des Landes aus. Für den Eintritt in die Zollunion mit Russland, Weißrussland und Kasachstan sprachen sich 61 Prozent der Bürger im Osten, 54 Prozent im Süden, 22 Prozent im Zentrum (einschließlich Kiew) sowie 7 Prozent im EU-nahen Westen des Landes aus.

Im Osten der Ukraine gab es deshalb durchaus eine ablehnende Haltung gegenüber dieser neuen Regierung der Ukraine. Es entwickelten sich Proteste. Hierbei ist bis heute unklar, inwieweit diese Proteste von vorne herein von Russland mit initiiert wurden. Daraus wurden in einigen Städten im Osten Forderungen nach einer Abtrennung von der Regierung in Kiew lauter. Diese Separatisten wollten die neue Regierung in der Ukraine nicht anerkennen. Die Ukraine versuchte, diese Separatisten mit militärischen Mitteln zu besiegen. Für Russland war dabei scheinbar von vorne herein klar: Eine Ukraine, die zunächst Mitglied der EU und anschließend Mitglied der NATO würde, durfte es nicht geben. Zugleich wollte Russland in jedem Fall den direkten Zugang zur Schwarzmeerflotte im Schwarzen Meer sichern.

Russland entschloss sich also, in diesen Konflikt mit militärischen Mitteln einzugreifen. Da eine direkte militärische Auseinandersetzung mit der NATO vermieden werden sollte, geschah dieses Eingreifen verdeckt. Über die Details gibt es natürlich ganz unterschiedliche Aussagen aus Moskau und von den NATO-Staaten. Dennoch scheinen folgende Tatsachen heute gesichert:

- In dem militärischen Konflikt im Osten der Ukraine wurden russische Panzer eingesetzt.
- Ein großer Teil der Separatisten, die im Osten der Ukraine kämpfen, kommen nicht aus der Ukraine, sondern aus Russland.

In der Ukraine herrscht bis heute eine Art Burgfrieden zwischen der ukrainischen Regierung unter Poroschenko und Russland unter Putin. In diesem Burgfrieden kommt es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den von Russland unterstützten Separatisten im Osten der Ukraine und der Armee der Ukraine, von einem wirklichen Frieden kann dabei nicht die Rede sein. Es wurde zwar ein Abkommen (von Minsk) beschlossen, das offiziell von der Ukraine und Russland und auch von der NATO unterstützt wird. Die Schwäche an diesem Burgfrieden besteht letztlich darin, dass die eigentlichen Ziele der Kontrahenten nach wie vor sehr gegensätzlich sind:

- Die Regierung in Kiew und auch die NATO und die EU wollen weiterhin, dass die gesamte Ukraine perspektivisch Mitglied der EU wird. Offiziell wird das Ziel, dass die Ukraine auch Mitglied der NATO werden soll, bestritten. Russland aber fürchtet genau das.
- Putin betrachtet die Ukraine weiterhin als GUS-Staat und möchte die gesamte Ukraine im Einflussgebiet von Russland sehen. Da dies im Moment nicht möglich erscheint, ist Putin mit der gegenwärtigen Situation einigermaßen zufrieden. Der schwelende Konflikt im Osten der Ukraine verhindert, dass die Ukraine wirtschaftlich wieder auf die Beine kommt, was einen baldigen Beitritt der Ukraine zur EU unmöglich macht.

Wie die Annexion der Krim zeigt, nutzt Russland seine militärische Macht auch dazu, sein eigenes Staatsgebiet auszudehnen, und das gegen alle Regeln des internationalen Völkerrechts (was Russland ohnehin nicht anerkennt). Hintergrund dürfte vor allem das

strategische Interesse Russlands gewesen sein, weiterhin einen direkten Zugang zur Schwarzmeerflotte zu haben, was man durch die Entwicklung in der Ukraine gefährdet sah. Wer sich detaillierter mit der Krim-Krise beschäftigen möchte, kann dies wiederum bei [Wikipedia](#) tun. Hier nur in Kurzform meine Thesen:

- Im Verlauf der gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Ukraine kam es auch auf der Krim zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen prorussischen Kräften und Anhängern der Ukraine sowie den Krimtataren. Dass Russland auch bei diesen Auseinandersetzungen seine Finger im Spiel hatte, gilt als sehr wahrscheinlich, wird natürlich von Russland bestritten.
- Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen wurde von prorussischer Seite die Forderung nach einem Anschluss der Krim an Russland immer lauter. In Windeseile wurde auf der Krim ein Referendum durchgeführt, das nach offizieller Lesart mit einer überwältigenden Mehrheit für den Anschluss an Russland endete: Zustimmung 96,77 %, bei einer Wahlbeteiligung von 83,1 %.
- Seitdem gehört die Krim laut offizieller Lesart aus Moskau zu Russland. Diese Lesart sichert Russland durch die Präsenz seiner Truppen auf der Krim.

Das Ergebnis dieses Referendums wurde von Kritikern bestritten (aus dem erwähnten Bericht von Wikipedia):

Der russische Menschenrechtsrat berichtete nach Gesprächen mit Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, Anwälten und anderen Bewohnern der Krim im April 2014, dass die tatsächliche Wahlbeteiligung nur 30–50 % mit einer Zustimmungsquote von 50–60 % betragen habe.

Wirklich aufklären lässt sich das Ergebnis des Referendums nicht. Die OSZE wurde vom Krimparlament eingeladen, das Referendum zu beobachten. Dies lehnte die OSZE aber ab, weil die Durchführung des Referendums selbst nicht mit der Verfassung der Ukraine vereinbar war.

Russland ging es in der Krimkrise letztlich nur darum, möglichst schnell Fakten zu schaffen. Auch nach internationalem Völkerrecht wäre es sicher möglich, dass ein Gebiet wie die Krim sich einem Land wie Russland anschliesse, insbesondere dann, wenn eine große Mehrheit der dort lebenden Bevölkerung dies tatsächlich wünschte. Dies würde aber langwierige Verhandlungen mit allen beteiligten Seiten erfordern. Dass so etwas möglich ist, wurde nach dem zweiten Weltkrieg mit dem Anschluss des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland deutlich. An solch einem langwierigen Verfahren war Russland aber gar nicht interessiert. Das mehr als zweifelhafte Referendum hatte ausschließlich ein Ziel: Die Annexion der Krim durch Russland sollte legitimiert werden. Auf dem Stimmzettel bestand noch dazu überhaupt nicht die Möglichkeit, für das Verbleiben innerhalb der Ukraine unter Beibehaltung der bestehenden Verfassung zu stimmen.

Als letztes Beispiel bleibt noch das Eingreifen Russlands in die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten. Der Nahe Osten gilt den Weltmächten seit langem als strategisch wichtige Region. Aus militärisch-strategischen Gründen und natürlich wegen dem dort reichlich vorhandenen Öl. Russland drohte, seinen einzig verbliebenden Bündnispartner in dieser Region, Syrien, auch noch zu verlieren. Dessen Regime schien durch den

langwierigen Bürgerkrieg in der Region kurz vor dem Zusammenbruch.

Der Westen hatte es vorgemacht: Wenn man in irgendeiner Region der Welt militärisch eingreifen will, dann darf man das tun, wenn man als Grund den Kampf gegen den Terrorismus nennt. Mit dieser Begründung griff Russland in die militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten ein, hauptsächlich in Syrien. Das eigentliche Ziel dabei war aber, die Macht von Assad in Syrien zu sichern. Nebenher wurden auch Terroristen bombardiert, hauptsächlich diejenigen islamistischen Kräfte, die gegen Assad kämpften. Aus russischer Sicht scheint dieses Eingreifen durchaus erfolgreich. Eine Lösung des Konfliktes in Syrien scheint mittlerweile ohne Assad kaum mehr möglich.

Dass bei den Bombardierungen durch Russland immer wieder auch zivile Ziele oder Krankenhäuser getroffen werden; dass scheinbar Assad auch mit Chemiewaffen seine Gegner angreift, was von Russland natürlich bestritten wird. Kurz: Dass bei diesem Eingreifen eine große Anzahl von Menschen sterben, das alles interessiert einen Putin überhaupt nicht. Wenn es um seine oder die russische Macht geht, dann muss diese durchgesetzt werden, Menschenleben sind dabei keinen Pfifferling wert. Das gilt nicht nur für die direkte Umgebung von Russland. Russland betrachtet sich als Weltmacht und greift deshalb auch fernab vom eigenen Territorium in militärische Auseinandersetzungen ein.

Die USA und die NATO

Nach Angaben von [SIPRI](#) (Seite 17) hatten die USA im Jahr 2007 636.674 Millionen US Dollar an Militärausgaben, 2016 waren es 606.233 Milliarden US Dollar. Die Zahlen anderer wichtiger NATO-Staaten:

Deutschland (Seite 20): 2007 38.364 Milliarden US Dollar, 2016 40.985 Milliarden US Dollar.

Frankreich (Seite 20): 2007 54.164 Milliarden US Dollar, 2016 55.681 Milliarden US Dollar.

Großbritannien (Seite 20, UK): 2007 61.610 Milliarden US Dollar, 2016 54.217 Milliarden US Dollar.

Diese Zahlen zeigen zweierlei: Zum einen gab es in diesem Zeitraum insgesamt eher einen leichten Rückgang der Militärausgaben, im Gegensatz zu den Verdopplungen dieser Ausgaben in China und Russland. Auf der anderen Seite gaben die USA auch 2016 mehr für ihr Militär aus als Russland und China zusammen. Und alleine Deutschland, Frankreich und Großbritannien geben zusammen gegenwärtig mehr als doppelt so viel für die Rüstung aus wie Russland.

Glaubt man den Äußerungen von US Präsident Trump oder den Äußerungen der Europäischen NATO-Staaten, soll es mit diesem moderaten Rückgang der Militärausgaben aber nun vorbei sein. Trump möchte die Militärausgaben in den USA um 10 % steigern. Mit dem Argument, dass man sich auf die USA als Schutzmacht nicht mehr verlassen könne, wollen die Europäischen NATO-Staaten selbst kräftig an der Rüstungsschraube drehen. Es ist unverkennbar: Lässt man die USA und die NATO insgesamt gewähren, dann stehen wir zumindest am Anfang eines gigantischen neuen Wettrüstens. Die Energie, die bei allen anstehenden Problemen in der Welt dringend benötigt würde, wird im wahrsten Sinne des Wortes einfach verpulvert.

Die USA gefallen sich seit langem in der Rolle als Weltpolizist. Immer wieder haben die USA überall in der Welt Kriege geführt, manchmal in einer Koalition mit „willigen“ Staaten, manchmal zusammen mit der NATO. Einige Beispiele:

Der Irak-Krieg 2003. [Wikipedia](#) leitete den lesenswerten Artikel zum Thema kurz und knapp mit folgenden Worten ein:

Der Irakkrieg (auch Zweiter Irakkrieg oder Dritter Golfkrieg) war eine völkerrechtswidrige Militärinvasion der USA, Großbritanniens und einer „Koalition der Willigen“ in den Irak.

Als offizielle Begründung gaben die USA an, der Irak produziere Massenvernichtungsmittel und bedrohe damit die Welt und die USA. Die vom US-Geheimdienst vorgelegten Beweise entpuppten sich aber nach dem Krieg als plumpe Lüge. Es wurden keinerlei Massenvernichtungsmittel gefunden.

Der Krieg selbst war schnell vorbei. Die vielen negativen Folgen sind bis heute spürbar. Es entwickelte sich ein lang anhaltender Bürgerkrieg im Irak. In der Konsequenz wurde insbesondere der IS immer stärker. Eine große aber unbekannte Anzahl von Menschen fand den Tod.

Der Krieg in Afghanistan seit 2001: Im Unterschied zum Krieg im Irak verstieß dieser zunächst nicht gegen Beschlusslagen der UNO. Die Bilder der Anschläge von 11. September 2001 auf das World Trade Center in Washington vor Augen, fasste der UN-Sicherheitsrat einen Beschluss, der den USA implizit das Recht auf Selbstverteidigung zugestand. Im folgenden Krieg unter Führung der NATO wurden die Hauptstadt Kabul und die Provinzhauptstädte Kandahar und Kunduz erobert. In Afghanistan wurde zunächst eine Übergansregierung eingesetzt. Zum Schutz dieser Regierung und zum Wiederaufbau wurde im Dezember 2001 erhielten die NATO-Länder und mehrere Partnerländer vom UN-Sicherheitsrat das Mandat, mit der ISAF (International Security Assistance Force), die Erreichung dieser Ziele zu verfolgen.

Der Krieg dauert nunmehr seit fast 16 Jahren an. Zwar konnte der von den USA gesuchte al-Qaida-Führer Osama bin Laden getötet werden. Die vorherigen Machthaber, die radikal islamischen Taliban konnten aus den erwähnten Städten vertrieben werden. Allerdings kommt das Land bis heute nicht zur Ruhe. Unzählige Menschen starben an den Folgen des Krieges oder durch Terror-Anschläge der Taliban, die auch vor der Hauptstadt Kabul keinen Halt machten. Auch heute noch kann man davon ausgehen: Wenn die ausländischen Truppen das Land verlassen, werden die Taliban sehr schnell wieder die Macht haben.

Die furchtbare Geschichte dieses Krieges sollte eigentlich die USA und die anderen NATO-Staaten dazu bringen, zumindest einmal ernsthaft über folgende Thesen nachzudenken:

- Der Krieg gegen den Terror ist auf ganzer Linie gescheitert.
- Er hat außer einer großen Anzahl von Toten nichts gebracht, zumindest nichts Positives.
- Der Krieg gegen den Terror erzeugt selbst immer mehr Terror.
- Eine große Anzahl von Flüchtlingen auf dieser Welt ist dem Krieg gegen den Terror geschuldet.

Krieg in Libyen

Ausgangspunkt war, dass Machthaber Gaddafi 2011 brutal gegen Rebellen im Osten des Landes vorging, viele Menschen starben. Es kam zu einem Beschluss im UN-Sicherheitsrat, nach dem eine Flugverbotszone errichtet werden sollte und alle möglichen Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung ergriffen werden sollten. Dieser Beschluss kam nicht einstimmig zustande, China, Russland, Deutschland, Brasilien und Indien enthielten sich. Auf Grundlage dieses Beschlusses griffen die USA und große Teile der NATO in diesen Konflikt mit militärischen Mitteln ein.

Die NATO-Staaten hielten sich allerdings nicht an den Beschluss des UN-Sicherheitsrates. Insbesondere die USA, Frankreich und Großbritannien verfolgten von vorne herein das Ziel, den ungeliebten Machthaber Gaddafi zu stürzen. Die Hoffnung dabei: Es könnte gelingen, eine neue Führung in Libyen an die Macht zu bringen, die dem „Westen“ wohl gesonnener wäre. Genaueres zur Resolution im UN-Sicherheitsrat kann man unter [Wikipedia](#) nachlesen.

In der Praxis setzen die NATO-Staaten nicht nur eine Flugverbotszone durch und versuchten die Bevölkerung zu schützen. Sie bombardierten den Rebellen den Weg Richtung der libyschen Hauptstadt Tripolis frei, bombardierten auch die libysche Hauptstadt selbst, Gaddafi kam dabei ums Leben. Frankreich lieferte sogar Waffen an die Rebellen (Wikipedia), was mit der Sicherheitsresolution überhaupt nichts zu tun hatte.

Resultat dieses Eingreifens der NATO: In Libyen herrscht seitdem ein blutiger Bürgerkrieg, der IS im Lande ist immer stärker geworden. In der UNO herrscht ein großes Misstrauen gegenüber Vorschlägen von der NATO: Sie haben einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates dazu genutzt, um ihre eigenen Ziele im Norden von Afrika durchzusetzen, ohne überhaupt noch einmal nachzufragen, ob ihr Vorgehen vom Sicherheitsrat auch unterstützt würde (das wäre es mit Sicherheit nicht gewesen!).

Fazit: Die USA und die NATO hinterlassen bei Ihrem militärischen Eingreifen in die Weltpolitik eine große Spur von Leichen und Verwüstung. Als Ergebnis gibt es dabei immer nur eines: Bürgerkriege und ein Erstarren der radikal-islamistischen Terroristen. Lässt man die USA und die NATO einfach so weiter gewähren, ist mit ihnen an eine friedliche Welt oder gar eine Weltgemeinschaft überhaupt nicht zu denken.

Dabei versuchen die USA und die NATO in der Öffentlichkeit immer den Eindruck zu erwecken, als kämpften sie überall in der Welt immer nur für das „Gute“. Sie werden nicht müde damit, den Sturz des Diktators Assad in Syrien zu fordern. Gleichzeitig arbeiten sie aber eng mit der Diktatur in Saudi-Arabien zusammen, die für einen brutalen Bürgerkrieg im Jemen verantwortlich ist, an dessen Folgen Millionen von Menschen der Hungertod droht. Sie verschweigen dabei auch, dass als Alternative zu Assad in Syrien eine endlose Fortsetzung des Bürgerkrieges droht, an dessen Ende sich radikal islamistische Kräfte durchsetzen könnten. Wer tatsächlich für das „Gute“ in der Welt kämpft, sollte zunächst einmal dazu beitragen, das endlose Morden im Nahen Osten zu beenden und nicht auch noch den Mördern in Saudi-Arabien immer neue Waffen liefern.

Meine Meinung: Es gibt keine „gute“ Großmacht auf dieser Welt

Natürlich kann man zu meiner Zusammenfassung der Politik von Russland, China, der USA und der NATO auch andere Positionen vertreten. Ich selbst kann nicht einmal zu allen Aussagen, die ich hier getroffen habe, meine Hand ins Feuer legen, dass das alles auch genauso stimmt. Zu schwierig ist hier die Informationslage, jede Seite behauptet natürlich etwas anderes. Für die öffentlichen Verlautbarungen der Großmächte gilt sowieso: Wenn es um kriegerische Auseinandersetzungen geht, lügen alle wie gedruckt.

Es geht mir aber auch gar nicht darum, ob wirklich jede Aussage im Detail stimmt. Wichtig ist mir nur die These, dass alle beteiligten Großmächte mit ihren eigenen Zielen eine wirklich funktionierende Weltgemeinschaft verhindern. **Wer etwas Positives in der Welt erreichen will, darf sich nicht auf die Seite einer dieser Großmächte stellen!**

Fazit und Schlussfolgerungen

Wenn die Lage der Menschen in der Welt verbessert werden soll, gibt es zur Abrüstung und zur Beendigung aller Kriege auf der Welt keine Alternative. Auch wenn es nicht zu einem dritten Weltkrieg kommen sollte, verschwendet das Wettrüsten auf der Welt immer mehr Ressourcen, die zur Lösung von anderen Problemen dringend benötigt würden. Angesichts der vielen vom Hunger bedrohten Menschen auf der Welt gilt auch heute noch der Satz: Rüstung tötet auch schon ohne Krieg.

Das alles sind aber wahrlich keine neuen Erkenntnisse. Neu sind heute vor allem zwei Dinge:

- Die großen Probleme in der Welt, wobei etwa der Klimawandel nur ein Beispiel ist, lassen sich nicht von einzelnen Mächten oder Staaten lösen. Dies kann nur innerhalb einer tatsächlich funktionierenden Weltgemeinschaft gelingen. Einer Weltgemeinschaft, der es um die Lebensbedingungen aller Menschen und aller Lebewesen geht und nicht um die Profit- oder Machtinteressen einer kleinen Minderheit.
- Mit dem Internet besteht heute prinzipiell die Möglichkeit, dass die bislang schweigende Mehrheit sich tatsächlich auch international Gehör verschafft. Die Trumps und Putins dieser Welt wissen um die Bedeutung dieser Medien, deshalb werden sie auch nicht müde darin, ihre Sicht der Dinge dort zu verbreiten bzw. verbreiten zu lassen. Im dritten Teil dieses Buches werde ich einige Ideen entwickeln, wie es gelingen könnte, über das Internet der Stimme der Vernunft Schritt für Schritt immer mehr Gehör zu verschaffen.